

mit links
in
niedersachsen



Mieten- und Wohnkampagne

Pflegeaufstand in Niedersachsen

Linke Strategiedebatte

08 Pflegeaufstand



10 bis 13 Strategiedebatte



19 Der heiße Teller



20 Keine Angst vorm älter werden



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

mit großer Freude präsentieren wir euch hiermit die zweite Ausgabe der mit:links Zeitung unseres Landesverbandes. Wir präsentieren euch ein neues Design sowie neue Inhalte. Wenige Wochen vor der Strategietagung in Kassel, möchten wir mit Debattenbeiträge zur Willensbildung beitragen und fragen, worin die Krise der Gesellschaft besteht und wohin sich demnach unsere Partei entwickeln muss? Einen Blick werfen wir auch auf unsere Kampagnen zur Pflege- und Wohnungsnot. Was läuft? Was gibt es voneinander zu lernen? Was muss noch passieren? Ebenso freuen wir uns über Beiträge zur AG Frieden und internationale Politik (FIP) sowie der Landesbildungskommission, welche die Bedeutung ihres Wirkens darlegen

und zur Mitarbeit einladen. Außerdem präsentieren wir euch weitere Artikel, zum Thema Rente, Stromsperren, Obdachlosenverpflegung und Landwirtschaft. Wir danken allen Autor*innen und freuen uns über weitere Artikelvorschläge. 2020 werden noch zwei weitere Ausgaben folgen. Diese sollen dann auch in hoher Printauflage an alle Mitglieder verschickt werden.

Unser herzlicher Dank geht an Bastian Zimmermann, welcher uns fortan im Design, Layout sowie in der Erstellung einer Internetseite behilflich ist. Alle Artikel der Printausgabe und noch mehr, findet ihr ab sofort auf unserer Homepage:

www.mitlinks-nds.de

Thorben Peters
Für die mit:links-Redaktion

INHALT

- | | |
|--|---|
| 04 Ein Bruch mit der Marktlogik -
Mieten- und Wohnkampagne | 12 Der Mensch im Mittelpunkt |
| 06 Wohnungspolitik -
Erfahrungen aus Lüneburg | 14 Wir sind Friedenspartei |
| 07 So können Stromsperren -
verhindert werden | 16 Politische Bildung |
| 08 Pflegeaufstand in Niedersachsen | 18 Landesbildungskommission |
| 10 Mehr Erfurter Programm wagen | 19 Der heiße Teller |
| | 20 Keine Angst vorm älter werden |
| | 22 Linke Agrarpolitik |

IMPRESSUM

„mit:Links in Niedersachsen“ ist das Mitgliedermagazin der Partei DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen.

Herausgeber: DIE LINKE. Landesverband Niedersachsen, Goseriede 8, 30159 Hannover. Telefon: 0511 9245910, Fax: 0511 9245911, E-Mail: landesbuero@dielinke-nds.de, www.dielinke-nds.de.

Redaktion: Kathrin Otte, Lea Sankowske, Haimo Stierner, Thorben Peters

V.i.S.d.P.: Christoph Podstawa

Gestaltung: Bastian Zimmermann

Copyright: Nachdruck oder sonstige Verwertung von Beiträgen und Abbildungen nur mit schriftlicher Genehmigung des Landesverbandes Niedersachsen der Partei DIE LINKE.

KAMPAGNEN

BRUCH MIT DER MARKTLOGIK

Ein Überblick über die Wohn- und Mietenkampagne der LINKEN in Niedersachsen.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Diese elementare Feststellung ist die Basis, auf der die niedersachsenweite Wohn- und Mietenkampagne fußt. Der einstimmige Beschluss des Landesparteitages beauftragte den Landesvorstand damit, dieses Thema als einen inhaltlichen Arbeitsschwerpunkt aufzugreifen. Dabei wurde die Kampagne als Kombination aus der Erarbeitung und Verbreitung von klaren, provokanten Forderungen und Initiativen für die Arbeit unserer Mitglieder in den Kommunen entwickelt.

In der landesweiten Öffentlichkeit wird daher unser „mietopolitischer Dreiklang“ in den Fokus gerückt: sofortiger Mietendeckel, massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und Enteignung großer Immobilienkonzerne. Mit diesen klaren Forderungen

generieren wir Aufmerksamkeit und können uns klar von der Politik der Landes- und Bundesregierung abgrenzen. Dabei betonen wir als Linke aber auch immer wieder, dass Wohn- und Mietpolitik nicht ohne den Zusammenhang zu Infrastruktur und Ökologie gedacht werden darf. Vor Ort ist es unser Ziel, linke Lösungen für die Probleme zu entwickeln und in den Räten, aber auch gemeinsam mit Bündnispartner*innen in Bewegungen, Initiativen und Vereinen umzusetzen. Dazu ist es natürlich elementar, dass unsere Basis in die Entwicklung der Inhalte und Aktionen eingebunden, das Wissen zur Thematik in den Kreisverbänden auf- und ausgebaut und dieses dann genutzt wird, um gemeinsam mit den Menschen in den Kommunen aktiv zu werden.

Zu Beginn der Kampagne stand

eine Auftaktveranstaltung, die es zum Ziel hatte, die kommunal- und landespolitischen Inhalte gemeinsam mit den Mitgliedern der Partei zu erarbeiten und erste lokale Ansätze und Initiativen vorzustellen. Im Anschluss folgte eine Pressekonferenz, die erste von der Landespartei seit Langem, bei der unser Dreiklang der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und die zu großer medialer Resonanz führte. Es folgten thematische Pressemitteilung eine Miethai-Tour durch verschiedene Kreisverbände – überall begleitet von öffentlicher Aufmerksamkeit. Parallel dazu haben sich vor Ort unterschiedliche Formen von Aktionen entwickelt.

Heidi Reichinnek

VOM KAMPF UM EINE KOMMUNALE WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT

In Osnabrück hat sich 2018 ein breites Bündnis für die Einrichtung einer kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft gegründet. Die ehemalige kommunale Wohnungsbau-gesellschaft wurde 2005 mit den Stimmen von CDU und FDP verkauft. Die öffentliche Hand hatte damit kaum mehr Möglichkeiten, in den Wohnungsmarkt einzugreifen, der sich zu einem vollkommen profitorientierten Renditeobjekt entwickelte – Erfahrungen, die viele Kommunen in Niedersachsen teilen. Die Mieten explodierten. Versuche von LINKEN, SPD und Grünen eine neue Gesellschaft zu gründen, wurden im Rat immer wieder blockiert. Da hier politisch keine Lösung in Sicht war, nahmen die Bürger*innen die Angelegenheit selbst in die Hand. Zahlreiche

Bündnispartner*innen, darunter auch LINKE, Solid und SDS sowie der DGB, weitere Parteien und soziale sowie kirchliche Träger*innen, organisierten sich, erarbeiteten Ansprüche und Konzepte für eine Wohnungsbau-gesellschaft und begannen, Unterschriften für ein Bürger*innenbegehren zu sammeln. Binnen kürzester Zeit waren die erforderlichen Unterschriften eingereicht, der Rat musste sich mit der Frage befassen – und bügelte die Forderung der Menschen erneut gegen die Stimmen von LINKEN, SPD und Grünen ab. Also kam es zum Bürger*innentscheid, bei dem sich knapp 77% der Wähler*innen für die Neugründung einer kommunalen Wohnungsbau-gesellschaft aussprachen. Ein beispielloser Erfolg für die Stadt.

Doch damit ist das Ziel noch lange nicht erreicht. Die Politik hat jetzt zwar einen Auftrag, die Ausführung ist jedoch offen – und so versuchen vor allem CDU und FDP eine Wohnungsbau-gesellschaft auf Sparflamme als Tochter der Tochter eines städtischen Unternehmens anzugliedern. Ohne Personal einzuplanen, ohne finanzielle Ressourcen bereitzustellen und vor allem ohne Mitspracherecht der Vertreter*innen des Bündnisses, das diese Entscheidung herbeigeführt hat. Im vorbereitenden Projektausschuss ist das Bündnis zwar Mitglied, hat jedoch kein Antrags- und Stimmrecht und kann so nur zusehen, was die Politik treibt. Die LINKE hat in dieser Situation die Aufgabe, die Wünsche des Bündnisses in Ausschuss und Rat zu artikulieren und damit die Brücke von der Straße in den Rat zu bilden. Als LINKE sehen wir beide Ebenen nicht als Gegensätze, sondern als zusammen wirkende Säulen für eine Veränderung der Gesellschaft.

Heidi Reichinnek

KAMPAGNEN

WOHNUNGSPOLITIK: ERFAHRUNGEN AUS LÜNEBURG

Welche Probleme sehen wir in der Wohnungsfrage? Was kann dagegen getan werden? Diese Fragen waren der Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Viele Gespräche mit Betroffenen bestätigten uns: Die Wohnungsfrage ist eine der sozialen Fragen unserer Zeit. Lüneburg hat mit die teuersten Mieten in ganz Niedersachsen. Nach zum Teil investigativen Recherchen zur Wohnungssituation, entwarfen wir ein Wohnkonzept welches Ursachen, Probleme und Lösungsansätze für Lüneburg formulierte. Es wurde im Kreisverband mit den Mitgliedern beraten und gemeinsam verabschiedet. In einer Pressekonferenz stellten wir es der Öffentlichkeit vor. Nun standen wir vor der Frage, wie umsetzen?

Die Frage nach Handlungsmöglichkeiten ist auch eine des Politikverständnisses. Wir wollten keine Stellvertreterpolitik machen, in der wir für andere die Probleme lösen. Stattdessen war der Anspruch: auf Augenhöhe mit Betroffenen gemeinsam ihre politische Selbstermächtigung zu organisieren. Sie sollten durch praktische Erfahrung Fähigkeiten entwickeln, um selbstständig für ihre Interessen eintreten zu können. Das

strategische Ziel hierbei: die kurz bis mittelfristige Verbesserung der Lage Betroffener, durch die Betroffenen selbst. Dies soll erreicht werden durch gemeinsame soziale Kämpfe, die die Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage stellen. Wichtig ist anfangs nicht die politische Maximalforderung, sondern gemeinsam mit Betroffenen den Kampf aufzunehmen, um dann gemeinsam die Ursachen für die aufgeworfenen Probleme zu ergründen, Zusammenhänge aufzudecken und weitreichende Lösungsansätze zu entwickeln. Von der Empörung über den Schimmel in Wohnungen bis hin zu der Infragestellung großer Immobilienkonzerne, welchen es nur um Rendite geht. Der außerparlamentarische Druck nimmt so auch Einfluss auf die parlamentarische Arbeit. Die Berliner Enteignungsdebatte rund um „Deutsche Wohnen“ ist ein gutes Beispiel hierfür, hat sie den Mietendeckel doch erst möglich gemacht.

Von diesem Verständnis aus gründeten wir mit Betroffenen eine Mieter*inneninitiative. Wir unterstützen diese organisatorisch und inhaltlich, sie bleibt jedoch politisch selbstständig. Entscheidend ist die Vernetzung der Ini-

tiative mit vorhandenen Akteuren, um für ein gemeinsames Ziel zusammenarbeiten zu können. In Lüneburg gründete sich durch diese Kooperation das „Netzwerk Lüneburg sozial“ aus vielfältigen Akteuren, wie Gewerkschaften, Studierendenschaft, Wohnprojekten und Sozialverbänden. Ziel ist eine Wende der Wohnungspolitik in Lüneburg, weg von der Renditeorientierung, hin zu Wohnen als Menschenrecht. Die Gründung des Bündnisses kann den Beginn einer verbindenden Klassenpolitik darstellen, denn die Unterschiede treten hinter das gemeinsame der Akteure zurück. Der individuelle Unmut, wird zum gemeinsamen aktiven Widerstand.

Entscheidend sind hierbei der außerparlamentarische Ansatz und die Selbstorganisation Betroffener. Strukturen der Gegenmacht- und Öffentlichkeit werden durch Netzwerkarbeit geschaffen. Schon mit der Aufrichtung und Politisierung von Menschen realisieren wir eine andere Gesellschaft. Zudem wird damit die Grundlage für wirksame parlamentarische Initiative erst geschaffen.

Janis Wisliceny

SO KÖNNEN STROMSPERREN VERHINDERT WERDEN



Eine kalte Wohnung, keine warme Mahlzeit, kein elektrisches Licht - das ist für über 25.000 Haushalte im Jahr in Niedersachsen bittere Realität. Ihnen wurde der Strom abgestellt, weil sie die Rechnung ihres Energieversorgers nicht mehr bezahlen konnten.

Besonders häufig sind Menschen mit einer kleinen Rente oder Sozialhilfe betroffen. Die Regelleistungen bei Hartz IV umfassen zwar eine Pauschale für Strom, eine jährliche Anpassung an die Strompreiserhöhungen erfolgt aber nicht. Im Jahr 2019 konnte die monatliche Pauschale von 37,60 Euro für Alleinstehende die realen Kosten des Stroms nicht decken. 2020 werden die Strompreise wieder steigen, das haben die Netzbetreiber bereits angekündigt. Viele Bezieherinnen und Bezieher von staatlichen Transferleistungen werden dann Stromrechnungen bekommen, die sie aus ihrem Einkommen nicht mehr bezahlen können.

Bereits ab einem Zahlungsrückstand von 100 Euro dürfen die Energieversorger nach der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV) eine Stromsperrandrohen und nach erfolgloser Mahnung auch umsetzen. Für das Unterbrechen und Wiederherstellen der Energieversorgung werden im Schnitt weitere 100 Euro an Gebühren fällig. Dadurch geraten die Betroffenen noch weiter in die Miesen. Stromsperrungen sind nicht nur menschenunwürdig, sie sind eine legale Schuldenfalle! DIE LINKE hat im Oktober 2019 einen Antrag auf ein gesetzliches Verbot von Stromsperrungen in den Bundestag eingebracht. Die CDU/CSU, SPD, FDP und AfD haben bereits signalisiert, dass sie unserem Antrag nicht folgen und Stromsperrungen weiterhin zulassen wollen. Vor dem Hintergrund der Milliarden Gewinne der Energieversorger ist diese Einstellung ein Schlag ins Gesicht für alle Betroffenen! Aber auch auf der kommunalen

Ebene können wir aktiv werden. Durch jährliche Anfragen beim Grundversorger können Rats- und Kreistagsmitglieder auf die Anzahl der Stromsperrungen aufmerksam machen. In der Stadt Osterholz-Scharmbeck wurde darauf aufbauend ein Antrag der LINKEN angenommen, mit dem sich die Zahl der Stromsperrungen verringern lässt. Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher muss vom Sozialamt eine freiwillige Einwilligungserklärung vorgelegt werden, die einen Austausch zwischen Energieversorger und Sozialamt erlaubt. So kann der Stromversorger bei einem Rückstand das Sozialamt informieren und gemeinsam mit diesem eine Regelung zum Abtrag des Zahlungsrückstands erarbeiten. Die Versorgung mit Strom bleibt gewährleistet. Durch eine ähnliche Regelung konnten in der Stadt Saarbrücken seit dem Jahr 2013 mehr als 3100 Sperrungen vermieden werden.

Amira Mohamed Ali



KAMPAGNEN

PFLEGEAUFSTAND IN NIEDERSACHSEN

Eine transformatorische Aufgabe für unsere Landespartei

Wir gehen in das zweite Jahr des niedersächsischen Pflegeaufstands. Zehntausende Pflegekräfte zeigten sich nach Erhalt von Rechnungen vor Weihnachten 2018 widerständig gegen eine von ihnen als unterdrückerisch und entmündigend empfundenen, sie sogar ihrer Bürger*innenrechte beraubenden Zwangsverkammerung. Dieser Widerstand hat sich durch ein Jahr fantasievoller Dauerproteste, einer stetig wachsenden Anzahl an Pflegebündnissen, an einem höheren Selbstorganisationsgrad, wie beispielsweise die Gründung des „Pflegebündnis Niedersachsen“ mit derzeit (> 20

lokalen Pflegebündnissen) zu einer veritablen Größe und Qualität der Selbstermächtigung entwickelt. DIE LINKE. Niedersachsen war von Beginn an – vor allem in der Fläche – aktiv an der Seite der Pflegekräfte, hat mit unzähligen eigenen und gemeinsamen Aktivitäten zur Entwicklung eines „pflegerebellischen“ Selbstbewusstseins beigetragen. Mit den ersten „Ständigen Pflegekonferenzen“ hat die „Landesvorstands AG Pflege“ begonnen, einen wichtigen konstanten Wissensaufbau gemeinsam mit den aktiven Pflegekräften zu entwickeln, aus dem wir perspektivisch eine basisdemokratisch

entwickelte Parteipolitik auf kommunaler und Landesebene erwarten. Der konstante Abwehrkampf gegen die Zwangsverkammerung wird auch dieses Jahr wesentlich die aktivierten Pflegekräfte in Niedersachsen beschäftigen, aber auch Solidarität mit kämpfenden Belegschaften durchaus über die Landesgrenzen hinaus. Kampfziele, wie z.B. die Abschaffung der Fallpauschalen, aber auch massive Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und vieles mehr sind in der Diskussion präsent. Bundesweit planen Pflegebündnisse ein starkes Signal des Widerstands gegen die Groko-Politik auch die-

ses Jahr bei der Gesundheitsministerkonferenz im Juni auszusenden – Niedersachsen wird dabei sein! Was treibt indes das Kapital im Pflegesektor um? Der Vorstandsvorsitzende des Konzerns Fresenius (mit 86 Helios-Kliniken) fordert in der FAZ nach ersten Einschränkungen im Fallpauschalensystem – englische Abkürzung „DRG“ – die neoliberale Rolle rückwärts, also noch mehr „unternehmerische Freiheit“ im Gesundheitswesen. Zum ersten Mal widerspricht öffentlich die stellvertretende Vorsitzende des Interessenverbands kommunaler Krankenhäuser e.V. (mit 64 Krankenhäusern), Dr. Iris Minde, der These, dass Marktwirtschaft in den Krankenhausbetrieb gehört.¹ Ganz im Gegenteil macht die Ökonomin das DRG-System und die Kommerzialisierung des Gesundheitssystems für den Pflegenotstand verantwortlich. Die systematische Unterfinanzierung der Krankenhäuser belohnt „Diagnosen“, während die personalintensive Pflege durch Arbeitsverdichtung und „Rationalisierungspotenziale“ massiv unter Druck geraten ist. Wie viele progressive Kräfte fordert auch sie einen demokratisch legitimierten Konsens, der uns im Sinne einer „Bringschuld des Sozialstaats“ wieder zu einer geregelten „vorneoliberalen“ Daseinsvorsorge verhilft. Dieses bedeutet eine neue Gewichtung im Kräfteverhältnis, das wir als LINKE für einen breiten gesellschaftlichen Vorstoß mit dem Ziel der Vergesellschaftung des Gesundheits- und Pflegebe-

reichs mit der Finanzierung durch die Solidarische Gesundheits- und somit Pflegevollversicherung nutzen sollten. Was bedeutet eine solche mit LINKEN Forderungen äußerst kompatible Aussage von – immerhin ebenfalls im Sog der Vermarktung fehlagierenden – kommunalen Krankenhäuser nun in der Kombination mit einem mittlerweile organisierten Widerstand der Pflegekräfte? Was fordert diese gänzlich neue Ausgangslage eines seine Klassenlage zunehmend erlenkenden Subjekts im Pflegekampf für die Ausrichtung unserer eigenen Politik und Praxis bis in die Kreisverbände hinein? Die aktivere Teilnahme unserer Parteibasis an den „Ständigen Pflegekonferenzen“ wäre eine wichtige Maßnahme, uns allen eine höhere Kompetenz in der Pflegepolitik sowie LINKEN Antworten darauf anzueignen. Ganz sicher aber bedeutet dies, dass wir LINKE uns gemeinsam mit den mobilisierten Pflegekräften in die Ausgestaltung des Widerstands gegen den Pflegenotstand im Sinne einer neuen Klassenpolitik begeben können und sollten. Es gilt für uns LINKE, das sich herausbildende Klassen-subjekt darin zu stärken, in gemeinsamen organizing-Prozessen sein gesellschaftsveränderndes Potenzial zu erkennen und vollständig entwickeln zu können. Eine stark emanzipatorisch-humanistische Kultur bringen die derzeitigen Akteur*innen des Pflegeaufstands bereits „von Haus aus“ mit ihrer ethischen Auffassung

von Sorgearbeit mit. Darin ist ein sehr großes Potenzial von solidarischem Handeln und Füreinander Einstehen angelegt, von dem wir als LINKE durchaus noch lernen können. Aktuelle Strategiediskussionen in und um unsere/r Partei wie die zur Herausbildung einer „verbindenden Klassenpolitik“ und der „Care Revolution“ gilt es, in konkrete Handlungsoptionen vor Ort und in den Regionen herunterzubrechen. Die Landesvorstands AG Pflege plant bereits programmatisch für kommunal- wie landespolitische Handlungsoptionen in der Pflege. Der September bietet uns viele Möglichkeiten, solidarisch die Tarifaueinandersetzungen zu begleiten – da kommt es auf frühzeitige Kommunikation und Planung mit verdi und Pflegekräften an. Perspektivisch können wir einen Durchbruch gegen die antihumanistische Ausbeutungspraxis der Pflegekonzerne aber nur mit einer großen, alle Bereiche der Daseinsvorsorge mobilisierenden und organisierenden Klassenpolitik erringen. Beispielsweise könnte eine Kampagne „Pflegekonzern xy enteignen“ analog zu „Deutsche Wohnen enteignen!“ ins Spiel kommen – geistert bisher allerdings nur vereinzelt durch die Köpfe. Dies alles zu diskutieren, zu planen und in konkrete Projekte umzusetzen ist jede/r von uns auch an der Parteibasis eingeladen.

STRATEGIEDEBATTE

MEHR ERFURTER PROGRAMM WAGEN

„Der Kapitalismus hat in den Jahrhunderten seiner Existenz unermesslichen Reichtum hervorgebracht und in vielen Ländern den Wohlstand großer Teile der Bevölkerung erhöht. Zugleich bleiben Milliarden Menschen von diesem Reichtum ausgeschlossen. Die soziale Ungleichheit ist größer geworden, die Kluft zwischen Armut und Reichtum klafft immer weiter auseinander. Das gilt national und erst recht international.“ (Programm DIE LINKE, Erfurt 2011)

Nach dem vermeintlichen Sieg von 1990 steckt der neoliberale Kapitalismus, spätestens seit 2008, in einer ökonomischen und in einer zunehmend tiefen Hegemoniekrise. Mehr und mehr Menschen begreifen, dass mit den alten Dogmen („privat vor Staat“, „Wettbewerb“, „Eigenverantwortung“, „der freie Markt regelt alles“) immer nur die Gleichen profitieren, während eine wachsende Mehrheit zunehmend sozial degradiert wird. Die alten

„Volksparteien“, welche sich nach wie vor nach diesem Dogma richten, verlieren an Vertrauen. Die neoliberale Krise wird so auch zu einer Krise des parlamentarischen Systems. Der gestiegene Unmut in der Bevölkerung äußert sich einerseits im Erstarken der Rechten (insbesondere AfD), denen fälschlich die Vertretung der „kleinen Leute“ zugemessen wird, andererseits in Massenprotesten z.B. bei FFF, Seebrücke oder Unteilbar mit teilweise kapitalismuskritischen Ansätzen. Warum ist es uns bisher nicht gelungen, als echte linke Alternative wahrgenommen zu werden, die dem Unmut einen stärker progressiven Impuls geben kann? DIE LINKE hat sich mit ihrer Gründung vor allem als Opposition zur Agenda 2010, Friedenspartei, sowie als „Kümmererpartei“ im Osten profilieren können. Die damalige Situation machte diese Rolle der Partei bitter nötig, belohnt wurde sich auch mit entsprechenden Wahlergebnissen. Auf die

große Hoffnung, folgte allerdings Ernüchterung. Zu klein waren die Erfolge gegen die Agenda 2010 – Politik, zu groß der Widerspruch zwischen den Erwartungen und der realen Regierungspraxis in einigen ostdeutschen Landesregierungen unter linker Beteiligung. Dieses Kapitel ist innerhalb der Partei weitgehend unaufgearbeitet und verdient unbedingt eine sorgfältige Analyse. Sind wir doch sonst dazu verdammt, nichts aus der Vergangenheit zu lernen. Für heute lässt sich sagen: Gemessen an der Tiefe der sozialen Widersprüche und der Dimension der verbreiteten politischen Unzufriedenheit, ist das bessere Mitwalten und der Kampf für soziale Abfederungen zunehmend fehl am Platze. Die Partei DIE LINKE ist dabei in den vergangenen Jahren nicht wesentlich systemkonformer geworden (siehe Regierungsbeteiligung MeckPomm 1998, Berlin 2002), sondern als parlamentarische „Kümmererpartei“

stagniert, während sich die gesellschaftlichen Widersprüche sehr dynamisch weiterentwickeln. Wie kommen wir als heute zur nötigen Gegenmacht und damit verbunden zum demokratischen Sozialismus? Die Aufgabe der Partei in der aktuellen historischen Etappe ist nach meiner Auffassung im Erfurter Programm hervorragend gefasst: „Aus Unmut aktive Gegenwehr machen“. Gegen das neoliberale Gebot des „Privaten“ und dem Postulat des Endes der Geschichte, gilt es wie im Erfurter Programm weiter gefasst: in Programmatik, Menschenbild und Aktion für die Gesellschaftlichkeit des Menschen und das Menschliche des gemeinsamen gesellschaftlichen Eingreifens, Aufzuklären und zu kämpfen. Kurz gesagt, Menschen zum kollektiven bewussten politischen Handeln, als das eigentlich Menschliche, aufzurichten. Diesem Zweck muss das Handeln der Partei überall dienen – in Parlamenten, bei Demos, am Arbeitsplatz, Schule, etc. – zusammen mit Gewerkschaften, Bewegungen, Vereinen, Verbänden etc.. Ein radikales Reformprogramm wie wir es fordern (Abrüstung, Rekommunalisierung, starke Arbeitszeitverkürzung inkl. Lohnausgleich, keyns. Investitionspolitik., Gleichstellung, Antirassismus/-faschismus) ist dabei keine Frage von Milieus, sondern involviert die gesamte Klasse. Das wirken für soziale Verbesserungen, geht nicht ohne das Wirken gegen klassenspaltende Ideologien (wie Rassismus, Sexismus etc.) und umgekehrt. Kurzum:

Soziale Verbesserungen und kulturelle Emanzipation bilden eine Einheit solidarischer Entwicklung. Gemeinsam müssen wir uns daher fragen, wie die aktuelle gesellschaftliche Lage zu verstehen ist und wie wir gemeinsam welche gesellschaftlichen Kämpfe führen wollen. Ich meine, dass die Friedensfrage an erster Stelle steht. Gemeinsam müssen wir die imperialistischen Bestrebungen analysieren und strategisch weit-sichtig und eng koordiniert mit der Friedensbewegung vorgehen. Skandalisierend auf Tagespolitik zu reagieren, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht. Im Sozialen müssen wir klassenverbindend für radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, forsche Umverteilung und die Eigentumsfrage über die öffentliche Daseinsvorsorge hinaus kämpfen. Dafür sollten wir auch mutiger die solidarische Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften (weck mit dem Ko-Management!) suchen. In der Ökologie müssen wir im scharfen Kontrast zu den Grünen, für eine systemüberschreitende Einheit von Sozialem, Frieden und ökologischer Nachhaltigkeit stehen. Gesellschaftliche Verfügung über z.B. Energieproduktion, Investition in Schienen- und Nahverkehr sowie der Förderung von Arbeitsplätzen durch Erneuerbaren Energien, zu Lasten der Großverdiener, statt bescheidenem Konsumverzichts. Gegen Rechts müssen mittels radikaler sozialer Reformen den Sumpf trocken legen, betonen dass ihre Sündenbockerrei eine

Ablenkung von eben diesen ist und mit unserem mit egalitärem Menschenbild den Rassismus verächtlich machen. Für das alles müssen wir die Schuldenbremse knacken und zwar international-solidarisch, für die gesellschaftlich sinnvolle Verwendung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums.

„Eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Eigentumsfrage. Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Solange die Entscheidungen großer Unternehmen sich an den Renditewünschen statt am Wohl der Allgemeinheit orientieren, ist Politik erpressbar und Demokratie wird ausgehöhlt. Eine soziale, friedliche, umweltgerechte, demokratische Gesellschaft erfordert, dass die ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt und überwunden wird.“ (Programm DIE LINKE, Erfurt 2011)

An der Strategiekonferenz in Kassel, welche Krise und Perspektive der Partei vertiefen soll, sollten wir uns beherzt, solidarisch und streitlustig beteiligen. Lasst uns zudem dafür sorgen, dass Strategiedebatten keine Ausnahmeerscheinung bleibt, sondern zur Normalität wird. Die besten Ideen kommen nicht immer von „oben“ oder „qua Amt und Würden“: Eine Strategie kann zudem noch so gut formuliert sein. Ist sie in der Partei nicht geteilt, ist sie wirkungslos.

Thorben Peters

STRATEGIEDEBATTE

DER MENSCH IM MITTEL- PUNKT

Den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen heißt auch, Politik vom Subjekt aus zu denken.



Um zu einem begründeten Verständnis dessen zu kommen, was es heißt, den Menschen in den Mittelpunkt der Politik zu stellen (ein expliziter Anspruch der LINKS-Partei), erscheint es mir sinnvoll zu sein, sich auf subjektwissenschaftliche Erkenntnisse darüber zu beziehen, was denn der Mensch oder besser die „menschliche Natur“ denn eigentlich sei. Aus meiner Sicht drängen sich hinsichtlich der Bearbeitung dieser Fragestellungen die Forschungsergebnisse der sog. Kritischen Psychologie (KP)¹⁾ geradezu auf, so dass im Folgenden der Versuch unternommen wird, zumindest anzudeuten, in welche Richtung das Nachdenken über die o.g. Fragestellung gehen könnte bzw. müsste.

Im Begriff der sog. „produktiven Bedürfnisse“ – einem Grundbegriff der KP sowie einer Grundbestimmung der „menschlichen Natur“ – ist bspw. der Tatbestand erfasst, dass im Prozess der Veränderung der naturgeschichtlichen zur gesellschaftlich-historischen Entwicklung im sog. Tier-Mensch-Übergangsfeld nicht nur die Fähigkeit der Menschen zur kooperativer Produktion ihrer Lebensbedingungen, sondern notwendig auch ein Bedürfnis nach Teilhabe an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen entstanden ist. Die Entfaltung dieses Bedürfnisses als spezifisch menschlicher Entwicklungsmöglichkeit hängt nun aber von den jeweiligen gesellschaftlich-historischen Entwicklungsbedingungen ab. In der bürgerlichen Gesellschaft, so U. HOLZKAMP-OSTER-

KAMP „sind die unmittelbaren Produzenten von der Teilhabe an gesellschaftlicher Realitätskontrolle und kooperativer Integration weitgehend ausgeschlossen und können so eine weitgespannte bewusste Kontrolle über ihre eigenen Lebensbedingungen kaum gewinnen.“ (1990, S. 41). Damit ist dann auch die Entwicklung „produktiver“ Bedürfnisse in gravierender Weise behindert und stellt ein zentrales Moment menschlichen Leidens dar.

Schon diese erste Bezugnahme auf den Begriff der „produktiven Bedürfnisse“ zeigt, dass diese nicht stellvertretend realisiert werden können, indem ich bspw. meine „Stimme bei einer Wahl abgebe“. Auch eine LINKS-Partei kann dieses Bedürfnis nicht „stellvertreten“, muss vielmehr für verbesserte Entfaltungsbedingungen dieses Bedürfnisses sorgen (s.u.). Eine weitere Zentralkategorie der KP ist die der „Handlungsfähigkeit“. K. HOLZKAMP unterscheidet dabei zwischen „restriktiver“ und „erweiterter Handlungsfähigkeit“. In diesen Begriffen ist die doppelte Möglichkeitsbeziehung des Menschen zu seinen gesellschaftlichen Lebensbedingungen gefasst. Für das einzelne Individuum besteht einerseits die Möglichkeit, sich in sog. restriktiver Handlungsfähigkeit einzurichten, d.h. innerhalb bestehender (auch Unterdrückungs-)Verhältnisse zurecht zu kommen²⁾ Erweiterte Handlungsfähigkeit anzustreben, d.h. mehr Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen zu erlangen, ist

für das einzelne Individuum aus Sicht der KP nicht widerspruchsfrei „zu haben“ und an bestimmte Bedingungen geknüpft, die wiederum Orientierungsrahmen für die Politikgestaltung in der LINKS-Partei sein können.

„Die Alternative der Verfügungserweiterung kann nur insoweit subjektiv begründet/funktional werden, wie das Individuum zugleich mit der Möglichkeit der Verfügungserweiterung auch die Möglichkeit erfährt, die dabei zu antizipierenden Existenzgefährdungen (bspw. Verlust des Arbeitsplatzes etc., K. E-T.) abzuwenden, d.h. durch Zusammenschluss in unmittelbarer Kooperation eine überindividuelle Gegenmacht von der Größenordnung zu gewinnen, die die Gefährdung der je individuellen Existenz aufheben kann.“ (ebenda, S. 373)

Hier ist nicht nur die Ebene der kooperativen Möglichkeiten in Organisationen der Arbeiterklasse angesprochen, sondern auch die Ebene der unmittelbaren lage- und positionsspezifischen Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen, z. B. der Pflegefachkräfte etc. In gemeinsamer Anstrengung kann die Wahrnehmung einer vermeintlichen Unveränderbarkeit der eige-

nen Lebensbedingungen durch begreifen-des Erkennen durchbrochen werden. Damit kann sich das ständige Bedrohtheitsgefühl des Ausgeliefert-seins an scheinbar nicht kontrollierbare Lebensumstände ein Stück weit in Richtung des Vertrauens auf die Gestaltbarkeit der eigenen Lebensbedingungen verändern.

Schon aus dem bisher dargelegten ergeben sich m.E. bestimmte Konsequenzen für linke Politikarbeit, die „den Menschen“ in den Mittelpunkt stellen möchte:

1. Das Hauptaugenmerk der LINKS-Partei müsste danach auf der Stärkung und Initiierung von Organisationen, Bewegungen und Initiativen liegen, in denen sich das einzelne Individuum ein Stück weit selbst ermächtigen kann. Hier kann sich das individuelle Subjekt zum gesellschaftlichen Subjekt mit erweiterter Handlungsfähigkeit entfalten.

2. In konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden Widersprüche, Widerstände konkret erfahrbar und können bzw. müssen, um handlungsfähig zu bleiben, auf den Begriff gebracht

werden. Die Entwicklung begreifenden Denkens wird quasi zwingend notwendig. Hier haben linke „Organizer*innen eine wichtige Aufgabe.

3. In Bewegungen/Initiativen wird der Schein der Notwendigkeit des individuellen Zurechtkommens in bestehenden Verhältnissen in Frage gestellt und kann successive durch das Erlebnis kooperativer Verfügungserweiterung ergänzt und ersetzt werden. Linke Organizer*innen können hier bei der Ver- und Bearbeitung auch schwieriger emotionaler Widerspruchssituationen unterstützen.

4. Die Arbeit in Bewegungen/Initiativen kann helfen, dass die Menschen in bestimmter Weise „gesunden“, indem sie sich in Befriedigung ihrer „produktiven Bedürfnisse“ erleben.

Eine differenzierte Bezugnahme auf die Ergebnisse der KP war hier nicht möglich, könnte m.E. jedoch ein hilfreiches „begriffliches Werkzeug“ für eine Politikgestaltung der LINKS-Partei darstellen, die das Ziel verfolgt, den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen. *Klaus Euteneuer-Treptow*

1) In der Kritischen Psychologie werden kategoriale Bestimmungen dessen, was die menschliche Natur denn sei, systematisch in einem sog. historisch-logischen bzw. funktional-historischen Verfahren in Anwendung der Methode materialistischer Dialektik herausgearbeitet. Ich kann aufgrund der gebotenen Kürze dieses Artikels nicht auf das auf vielen hundert Seiten entfaltete Ableitungsverfahren von Grundbegrifflichkeiten eingehen, sondern werde mich lediglich auf einige Ergebnisse beziehen.

2) Auf die damit verbundenen Konsequenzen bspw. hinsichtlich der Gestaltung von Beziehungen bis hin zu Fragen der „Selbstfeindschaft“ kann hier nicht eingegangen werden.

LANDESVERBAND

WIR SIND FRIEDENSPARTEI

Die LINKE versteht sich als Friedenspartei

– aber was heißt das für uns?



Die Themen Rüstung und Krieg sind nicht nur Sache der Bundestagsfraktion, sondern sie können und müssen auf jeder Ebene in unsere Politik mit einfließen. Bei jeder Forderung vor Ort – Bau von Sozialwohnungen, bessere Finanzierung von Pflegeeinrichtungen, mehr Geld für ein Kindertheater – gehört dazu: „Geld wäre da, wenn wir es nicht unsinnig für den Tod ausgeben.“ Insofern bildet Friedenspolitik eine wichtige Argumentationshilfe bei allen sozialen Forderungen.

Gerade in Niedersachsen müssen wir uns darüber klar sein, dass wir in der Heide einen der größten Truppenübungsplätze in Deutschland beherbergen, dass wir mit Rheinmetall in Unterlüß einen bedeutenden Rüstungsbetrieb vor Ort haben, dass der Fliegerhorst Wunstorf und die Logistikschule Garlstedt eine wichtige Rolle für internationale Einsätze spielen und dass an unterschiedlichen Standorten ein manchmal großer Teil der Bevölkerung bei der Bundeswehr beschäftigt ist. Aus Wittmund flogen sechs Jagdbomber zum Manöver in Israel.

Deutschland übernahm im Januar die Führung der 2014 ins Leben gerufenen „Very High Readiness Joint Task Force“ (VJTF) der NATO. Der erste Test steht im nächsten Jahr bevor: bei dem Manöver „Defender 2020“ im April und Mai soll Deutschland als „Drehscheibe“ fungieren und das betrifft vor allem Niedersachsen. 37.000 Soldaten und Material aus den USA

werden von hier aus nach Polen und in die drei baltischen Länder Litauen, Lettland und Estland weiterverteilt. 20.000 werden dazu aus den USA eingeflogen und eingeschifft, die größte Anzahl die seit einem Vierteljahrhundert für eine einzelne Militärübung verlegt wurde. Außer einer Bundeswehrunterstützung „in den Bereichen Kampf, Kampfunterstützung und Führung“ ist der Aufbau dreier „Convoy-Support-Zentren“ und einer großen Tankanlage geplant. Letztere soll auf dem Truppenübungsplatz Bergen in der Lüneburger Heide entstehen. Brücken, Straßen, Schienenwege und Binnenschifffahrt werden auf ihre Belastbarkeit getestet. Behinderungen des zivilen Lebens und Umweltbelastungen stehen bevor.

Vor allem aber wird eins belastet: die internationalen Beziehungen, insbesondere zu Russland. 1994 wurde Russland im NATO-Russland-Vertrag zugesichert, dass keine NATO-Truppen dauerhaft an seinen Grenzen stationiert werden sollen. Dies wird seit Jahren so ausgelegt, dass die NATO ihre rund um Russland stationierten Truppen regelmäßig jedes halbe Jahr austauscht, das Material bleibt vor Ort. Merkwürdige Auffassung von Vertragstreue!

Jan Korte, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Die Linke sagte: „Die geplante Großübung ist ein Säbelrasseln der schlimmsten Kategorie und reine Eskalation.“ und weiter: „Das einzig akzeptable Manöver zur Ver-

legung von Truppenteilen wäre ein Abzug der US-Atomraketen aus Deutschland, am besten mit Kurs direkt in eine Abrüstungsanlage.“ Hiermit spricht er ein weiteres Problem an, das uns in Niedersachsen beschäftigen muss, auch wenn es nicht „vor Ort“ stattfindet: die neuerliche Bedrohung des Friedens durch Zerbröseln der Atomaren Sicherheitsarchitektur (Kündigung des INF-Vertrages zur Abschaffung der Mittelstrecken-Atomwaffen in Europa, Gefahr, dass der New Start Vertrag zur Begrenzung der Zahl der Strategischen Atomwaffen 2021 auslaufen würde, wenn er nicht rechtzeitig verlängert wird) und die andauernde Anwesenheit von Atomwaffen auf deutschem Boden.

Gerade die derzeitigen Klimaproteste fordern uns heraus, die Argumentation „Krieg ist der größte Klimakiller“ in die Bewegungen einzubringen.

Ich denke, es ist unsere Aufgabe als LINKE, das Bewusstsein für all diese Probleme zu schärfen und Widerstand zu unterstützen, sowie ggf. zu organisieren. Wir möchten deshalb endlich eine LAG Frieden und internationale Politik für Niedersachsen ins Leben rufen. Ziel soll sein, unsere Mitglieder zu qualifizieren, ihnen zu helfen, in lokalen Friedensaktivitäten mitzuarbeiten oder solche anzuregen, und den Kreisverbänden Hinweise zu geben zu aktuellen Themen, die ihr Engagement erfordern.

Agnes Hasenjäger

LANDESVERBAND

POLITISCHE BILDUNG

Politische Arbeit stellt uns andauernd Fragen.

Wer käme da ohne politische Bildung aus?

Unsere Bildungsarbeit generell, so auch im Landesverband und in politisch fordernden Zeiten, soll und muss sich an der politischen Praxis orientieren. Sie ist „natürlicher“ Bestandteil des Aktivitätsspektrums der Partei, Teil unseres politischen Kampfes.

Warum? Nehmen wir die nächsten zwei Jahre hier in Niedersachsen. Wir haben ein Jahr, um die Landespartei in allen Teilen fit zu machen für das Jahr 2021 mit Kommunalwahlkampf und Bundestagswahlkampf. Wir wissen, dass wir z. Zt. diese Fitness – also politische Stärke – nicht haben.

Wir wissen auch, dass eine starke sozialistische Linke mehr denn je gebraucht wird in diesem Land. Aber wie definieren wir uns als sozialistische Alternative, die für die Menschen glaubwürdig und greifbar ist? Sind wir in der Lage, mit Argumenten und unserer Praxis vor Ort gegen grüne und sozialdemokratische Kapitalismus-Modernisierer nicht nur zu bestehen, sondern auch Begeisterung zu entfachen, weil wir es sind, die eine wirkliche Zukunftsperspektive jenseits des Neoliberalismus aufwei-

sen?

Es gibt die Chance, diese Klarheit in den eigenen Köpfen zu schaffen. Wir werden uns nicht erstmal ein Jahr in politische Bildungscamps zurückziehen, sondern wir lernen gleichzeitig immer aus unserer Arbeit und aus der Bildungsarbeit. Viele haben schon festgestellt, auch z. B. während des Marx-Seminars, dass ihre Arbeit vor Ort und ihre politische Bildung sich gegenseitig befruchten.

Bei dem angesprochenen Zwei-Jahres-Zeitraum haben wir also ein gezieltes Parteientwicklungsprogramm vor uns, das die Stärkung der Landespartei auf allen Ebenen zum Ziel hat, von dem kleinsten Kreisverband bis zum Landesvorstand. Wahlen spielen hier natürlich eine wichtige Rolle. Es wäre aber ein gründliches Missverständnis, wenn politische Bildung auf diesen Zusammenhang reduziert würde. Und so ist auch nicht unser Parteiverständnis. Wahlen sind wichtig, sehr sogar. Aber wir sind keine Wahlpartei. Es geht uns ja um möglichst viel gesellschaftlichen Einfluss. Und das vor allem bei denen, die sich auf der Verliererseite des

Systems sehen oder sich davon bedroht fühlen.

Wenn wir uns auf ein solches gesellschaftliches Spektrum orientieren, dann haben wir ein weites Betätigungsfeld mit etlichen Bewegungen. Bei diesen gesellschaftlichen Gruppen gibt es das Potential, dass sie in immer kürzerer Folge in Widerspruch zu den Interessen des Kapitals, der wirklich Herrschenden geraten. Das ist nicht erst so, seit wir als Linke die Themen Pflege und Wohnen aufgegriffen haben. Es sind aber gute Beispiele dafür, dass wir gesellschaftliche Probleme erkannt haben und Teil von politischen Bewegungen geworden sind.

Aber was sind wir denn nun? Wahlpartei oder Bewegungspartei? Wir müssen beides sein! Und jeden Wahlkampf auch nutzen, um unsere Politik bekannter zu machen, zum Mitmachen einzuladen. In jeder Bewegung, in der wir als Linke natürlich erkennbar sein müssen, solidarisch mitarbeiten. Aber wir machen da gute politische Arbeit, wenn wir eine sehr aktive Rolle spielen und man auf unsere linke Meinung vertraut. Dabei treten wir nie als Besserwisser auf, verstehen

den solidarischen Diskurs mit anderen, die vielleicht nicht unserer Meinung sind. Politischen Einfluss in Bewegungen bekommen wir i. d. R. durch eine gute Mischung aus politischer Klarheit, eigener Überzeugtheit und sympathischem Auftreten. Es versteht sich von selbst, dass hier auch gute Voraussetzungen z. B. für die nächsten Kommunalwahlen geschaffen werden.

Die Klarheit über unsere strategische Ausrichtung ist entscheidend. Bei der Schwerpunktsetzung unserer Arbeit, und es sollte

eine kollektive Arbeit sein, müssen wir immer ein Bewusstsein für Klassenorientierung haben – also die, die (potentiell) auf der Verliererseite stehen.

Es ist nicht leicht, von der eigenen Lage auf die gesellschaftliche Situation und deren Veränderbarkeit zu schließen. Dafür ist zwingend eben nicht nur die praktische Erfahrung, sondern auch politische Bildung nötig. Bildung wiederum in einem kollektiven Prozess, der aber zur individuellen Selbstermächtigung führt. Genossinnen und Genossen, die sich ihre

Lebenswirklichkeit und die ihrer Nachbarn (z. B. wg. Hartz IV) aufgrund ihrer Schulung erklären können. Politische Bildung kann einen gewichtigen Beitrag dazu leisten, dass unsere Strukturen stabiler werden, der Grad der Aktivität unter den GenossInnen sich erhöht. Sie bietet einen Raum zur solidarischen Diskussion. Es geht tatsächlich darum, sich gemeinsam weiterzuentwickeln, sich zu stützen und diese Partei dabei voranzubringen.

Arnold Neugeborn





LANDESBILDUNGS- KOMMISSION

Die Bildungsarbeit findet auf Augenhöhe statt.

Die Arbeit der Landesbildungskommission richtet sich an alle Parteimitglieder. Ein besonderer Fokus liegt auf den neu hinzugewonnenen Mitgliedern, denen Grundlagen als Einführung in das Parteileben geboten werden - aber auch erfahrene Genoss*innen finden hier ein Angebot, sich weiterzubilden.

Die Landesbildungskommission hat die innerparteiliche Bildung zur Aufgabe.

In der Bildungsarbeit soll vermittelt werden, was der Charakter der Partei ist, wie sie entstanden ist, was sie will. Politisch-programmatische Forderungen sowie das Handwerkszeug zur Analyse der

Gesellschaft sollen greifbar gemacht werden. Es soll Raum geschaffen werden, in dem erfahrenere Genoss*innen ihr Wissen und ihre Kompetenzen an neuere Genoss*innen weitergeben. Mitglieder sollen in ihrer Argumentationskompetenz gestärkt werden und zu aktiver Teilnahme am Parteileben ermutigt werden. Der Aspekt des In-Kontakt-Kommens ist wesentlicher Teil der Angebote, damit Mitglieder langfristig und nachhaltig in der Partei wirken. Die Bildungsarbeit findet auf Augenhöhe statt und soll den Mitgliedern Raum zur Entfaltung und Entwicklung geben - Selbstermächtigung ist hier zentral. Auch die Teamenden sind im Prozess des Lernens inbegriffen und all das Wissen, dass die

Teilnehmenden mitbringen, soll seinen Weg in den Austausch finden. Die Bildungsarbeit soll die politischen Schritte der Partei, den Kapitalismus zu überwinden, begleiten und stützen. Neben den Grundlagen wird es in nächster Zeit zum Beispiel Angebote für (zukünftige) Kreisvorstände und Kommunalpolitiker*innen geben, Marx-Schulungen (neu aufgezogen) und Seminare zur Klimakatastrophe. Auf dem letzten Treffen der Landesbildungskommission (LaBiKo) wurde beschlossen, die Angebote in Zukunft öfter und dezentraler stattfinden zu lassen.

Katja Sonntag

DER HEISSE TELLER

Die soziale Frage praktisch werden lassen!

Was kann man tun, um mit wenig Mitteln und Zeit etwas zu tun, das tatsächlich positiv in den Lebensalltag von den Menschen eingreift, deren Wohlergehen unser erklärtes Ziel ist? Viele engagieren sich in der LINKEN. Sie organisieren Mitgliederversammlungen, diskutieren in Foren, sind immer dabei, wenn ein Wahlkampf oder eine Veranstaltung ansteht. Aber oft schleicht sich von hinten doch die dumpfe Frage an: „Was bringt dein Engagement den Menschen - hier, jetzt, ganz konkret?“

Alexander Westerman, Ratsherr in Varel, macht mit dem heißen Teller seit geraumer Zeit vor, mit welcher kleinen Aktion man nicht nur etwas bewirkt, sondern auch den Aktiven Freude am Engagement bringt - denn seien wir mal ehrlich, Plakate aufzuhängen und ähnliches ist vor allem eines: Arbeit.

Beim sogenannten „Heißen Teller“ geht es darum, für alle, die Hunger haben oder einen Samstag gesellig verbringen wollen, eine warme Mahlzeit zu kochen. Nachdem Alexander in Oldenburg über seine Tätigkeit als Ratsherr und dabei auch über den heißen Teller berichtete, haben sich ein paar Freiwillige zusammgefunden und selbst mit dem Kochen angefangen. Immer an einem Samstag am Ende des Monats gab es die verschiedensten warmen Gerichte und von den Besucher*innen ausnahmslos gutes Feedback. Natürlich war nicht immer viel los - eine Vertrauensbasis muss erst geschaffen werden und es dauert, bis das Projekt richtig anläuft. An manchen Samstagen waren nur wenige Leute da, aber es ließ sich ein stetiger Zuwachs verzeichnen. Hauptverantwortlich für die Organisation

war 2019 bei uns Jens Göttke aus dem Kreisvorstand - Helfer*innen rekrutierten sich vor allem aus der örtlichen Linksjugend. Damit ist das Projekt auch gut geeignet, um die Genoss*innen untereinander noch besser zusammenzuschweißen.

2020 geht der heiße Teller in Oldenburg in eine neue Runde - und vielleicht gibt es in anderen Kreisverbänden bald auch ein Debüt! Wir können diese Aktionsform sehr empfehlen!

Also in diesem Sinne: Es mahnt das Einheitsfrontlied: „[...] es macht ihn ein Geschwätz nicht satt. Das schafft kein Essen hier!“ Solidarität muss praktisch werden, also lasst uns dafür sorgen, dass sie es auch wird!

Maximilian Schulz



KEINE ANGST VORM ÄLTER WERDEN.

Der kompetente Fachmann der SPD, Ralf Kapschack und unser kluger Rentenexperte, Matthias W. Birkwald, haben sie gemeinsam verfasst und sie sollte die Grundlage liefern für die gemeinsame Konferenz von LINKE und SPD „Keine Angst vorm Älterwerden“. 48 Stunden, bevor die ersten Werbemittel dafür rausgegeben werden sollten (beide Fraktionen hatten jeweils 8000 € dafür beschlossen) wurde diese vertagt. Die zehnköpfige Arbeitsgruppe von MdB der Linken und der SPD ließ sich aber nicht entmutigen. Nun wird ein gemeinsames Buch herausgegeben, das zur Leipziger Buchmesse erscheinen wird. Mit dabei sind neben Sahra Wagenknecht und Martin Schulz, Konstantin Wecker und der Chefredakteurin der Frankfurter Rundschau, Bascha Mika, der seniorenpolitische Sprecher der

SPD, Lothar Binding, unsere menschenrechtspolitische Sprecherin Zaklin Nastic, die pflegepolitische Sprecherin Pia Zimmermann, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch und beide Initiatoren - Christian Petry von der SPD (europapolitische Sprecher) und ich. Die unten verlinkte Synopse zur Rentenpolitik beider Fraktionen kann eine Grundlage sein, vor Ort in den Kreisverbänden auch mit der SPD über außerparlamentarische Aktionen für eine gerechtere Rentenpolitik und gegen Altersdiskriminierung zu starten. Ich höre schon die Einwände, dass die SPD hinten politisch völlig versagt habe, die Vorhaltung, dass es rot-grün und Gerhard Schröder und Joschka Fischer waren, die die Rente privatisiert haben. Diese Kritik ist berechtigt und bleibt auch beste-

hen. Aber wir müssen nach vorne schauen: Beide Parteien sind nicht eben sonderlich stark und vor allen Dingen nicht gegen die Rechte, die ganz besonders um die über 60-jährigen buhlt. Die Rechte weiß besser als die gesellschaftliche Linke, dass die letzten Landtagswahlen (die wir mit Ausnahme Thüringens krachend verloren hatten) und die Europawahl von den über 60-jährigen und nicht von den jungen Wählern entschieden wurde. In diesem Sinne zitiere ich aus dem gemeinsamen Vorwort von Christian Petry und mir für das Buch „Keine Angst vorm Älterwerden“: „Viel zu lange schon bekämpfen sich gesellschaftliche Linke bis tief hinein in ihrer eigenen Parteien. Und strahlen ein Bild von Schwäche und Konfusion aus, was den Rechtskräften, die traditionell mit zackiger Om-

nipotenz daher kommen, „die Hasen in die Küche treibt“. Was hätte alles an Völkermord und Menschenschinderei vermieden werden können, wenn es eine Zusammenarbeit gegeben hätte. Hitler und die ihn finanzierenden Konzerne und Großbanken standen in Weimar bereits ante portas, als sich die Linken noch jeweils gegenseitig nur frühere Sündenregister vorschrien und dann die Köpfe einschlugen. Bis heute hält sich dieser Zwist in Geschichtsschreibung und Legendenbildung. Wir lassen hier bewusst jede Schuldbewertung weg. Nur so viel: die Weiseren, die Grenzgänger, die vermitteln wollten zwischen den „härteren“ und den „weicheren“ Linken, zwischen „Reform und Re-

volution“, wurden meist von beiden Seiten niedergestichelt. Ist es nicht endlich an der Zeit für eine linke, friedliche Koexistenz zwischen solchen, die mehr auf die Revolution der „kleinen Leute“ setzen und solchen, die in kleineren Reformschritten gesetzliche Standards der arbeitenden Mehrheiten verbessern wollen? Gegen Krieg und das ganz große Kapital? Und die gleichzeitig die Rechte all jener Minderheiten stärken wollen, die erst in den Lagern der Nazis mit den verschiedenfarbigen Winkeln und Sternen an der Häftlingsuniform aneinander gepresst worden waren? Das große, von Brecht und Eisler besungene Wort von der „Arbeitereinheitensfront“ war jedenfalls noch sehr

entfernt, als wir Bundestagsabgeordneten aus SPD und Linkspartei uns vor einem Jahr aufgerafft hatten zu regelmäßigen Treffen. Nicht, um eine gemeinsame Regierung vorzubereiten mit dem scharfen Auge auf das eine oder andere Pöstchen, sondern um ein wenig gegen den Mainstream und gegen die nicht eben ermutigenden Wahlumfragen und andere entmutigende Demoskopien und Trends, zunächst einmal auf einem einzigen Feld etwas kulturell anderes aufzubereiten. Miteinander!

Dr. Diether Dehm

Unter folgendem Link findet Ihr eine synoptische Aufstellung der Renten-Konzepte von SPD und unserer Fraktion: <https://www.diether-dehm.de/images/stories/2019/1812-synopse-positionen-zur-rentenpolitik.pdf>

LINKE Agrarpolitik – sozial und ökologisch

Wer hätte gedacht, dass 31% der Bäuerinnen und Bauern bei der Landtagswahl 2019 in Thüringen für DIE LINKE gestimmt haben? Neben Fridays for Future zählen sie zu denen, die regelmäßig europaweit auf die Straßen gehen. Gemeinsam mit Greenpeace waren sie die Ersten, die die Regierung verklagt haben wegen derer verfehlter Klimapolitik. Sie sind unmittelbar betroffen vom Klimawandel, wenn der bestellte Acker zur Wüste wird, Futtermittel für die Tiere nicht reichen oder Vertragsstrafen mangels Erträgen sie treffen. Dabei ist es Wirtschaft und Politik gelungen, dass Erzeuger und Verbraucher sich voneinander entfremdet haben.

Billiges Essen für billige Löhne, Höfesterben und Raubbau

Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte hat bis hin zu einer massiven, Flächenbesitz begünstigenden Subventionierung und damit Sozialisierung der Kosten nicht nur eine Form des Kolonialismus gegenüber Entwicklungsländern geschaffen. Sondern es wurden dem ewigen Wachstum auch Umwelt, Tierwohl, Verbraucherschutz und Soziales geopfert, dazu zählen auch die Höfe selbst. So wird bis heute die ertragsorien-

tierte „moderne Landwirtschaft“ von Agrarchemie und Mineraldünger bis hin zu Gentechnik und Digitalisierung forciert unter dem Deckmantel „wissenschaftlicher Erkenntnisse“, obgleich gerade die Wissenschaft immer wieder die Fehler dahinter aufzeigt. Mit den NGOs stellen auch zunehmend mehr Verbraucher diese Art des Wirtschaftens in Frage. Landwirte stehen zwischen finanziellen Zwängen und ökologischen Forderungen. Und Populisten versuchen, die Schuld Verbrauchern und Umweltorganisationen zuzuschreiben, während sie das „Weiter so!“ beschwören.

Vom Weltmarkt zum Wochenmarkt

DIE LINKE steht konsequent für eine sozial-ökologische Agrarwende mit regionaler Produktion, Wertschöpfung und Versorgung. Für eine klimagerechte, nachhaltige Landwirtschaft statt Profitstreben und zügelloser Märkte. Jeder muss sich dabei auch gutes Essen leisten können durch faire Löhne und Sozialleistungen. Das Wegwerfen von Lebensmitteln kann deutlich reduziert werden, ebenso das Ausmaß der Nutztierbestände. Besitzverhältnisse von Agrarflächen sind offenzulegen und Speku-

lantenn fernzuhalten! Als Allmende gehört Boden auch in öffentliche Hand, verpachtet an regionale Höfe.

Jungen Bäuerinnen und Bauern muss der Berufseinstieg ermöglicht werden mit Zugang zu Boden und Einstiegschancen in bestehenden Betrieben sowie durch eine geschlechtergerechte Agrarpolitik.

Für eine faire Risiko- und Gewinnverteilung dürfen die vor- und nachgelagerte Industrie sowie der Handel nicht die Gewinne abschöpfen! Um nur einige Dinge zu nennen.

Es ist eine Wette

Die einen Bäuerinnen und Bauern hoffen auf weniger Auflagen, um noch durchs Loch zu kommen. Die anderen suchen sich gesellschaftliche Akteure, um die Agrarwende mit ihnen zusammen anzugehen. DIE LINKE ist dabei der einzige politische Partner, der gemeinsam mit ihnen eine ökologische, gemeinwohlorientierte Landwirtschaft gestalten will, von der sie gut leben und wir uns gut ernähren können – in Deutschland und weltweit!



Wer früh genug Blumensträuße wirft, muss
später nicht vor Mahnmalen knien. Halten wir
gemeinsam den antifaschistischen Druck
aufrecht!

Lasst uns geschichtsbewusst mahnen,
lasst uns lokal aktiv werden.

Werde Mitglied!

DIE LINKE.